

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Die sozial-
demokratischen
Wünsche.

Die Sozialdemokraten haben im Arbeitsbeiräte, wo das „Programm“ einer eingehenden Beratung unterzogen wurde, ihre Wünsche geltend gemacht, die sich ungefähr dahin formulieren lassen, daß sie eine Organisation wollten, welche ihren Kassenbeamten und Agitatoren einfach die ganze Sozialversicherung ausgeliefert und ihnen im Jahre Geldbeträge in der Höhe von etwa 150 Millionen Kronen in die Hände gegeben hätte. Die sozialdemokratische Versicherungswirtschaft wäre ein Staat im Staate, besser gesagt, ein Staat gegen den Staat gewesen und der Charakter einer ehrlichen sozialen Wohlfahrts-einrichtung, einer Organisation zur Förderung des sozialen Friedens wäre alsbald in sein Gegenteil verwandelt worden.

Wir hätten eine Organisation zur Förderung der sozialdemokratischen Parteiinteressen bekommen, zur Förderung der Verhetzung und des Terrorismus, und die Verfolgungen, welche nichtsozialdemokratische Arbeiter heute schon bei den sozialdemokratischen Kassen erdulden, hätten sich in verstärktem und unerträglichem Maße fühlbar gemacht. Die christlichsozialen Vertreter im Arbeitsbeiräte, Reichsratsabgeordneter Pabst und Dr. Kienböck, konnten naturgemäß diesen Dingen nicht zustimmen und haben insbesondere im Gegensatz zur Sozialdemokratie auch für die Selbständigen eine bindende Versicherungsinstitution gefordert.

Die
Wahlreform.

Als diese Beratungen abgeschlossen waren, stand Österreich vor einer tiefgreifenden politischen Umwälzung: Das allgemeine Wahlrecht wurde geschaffen. Fast hundert Mann stark zog nun die christlichsoziale Partei in das Parlament ein, und da sie bekanntlich, wie sie in Wien und Niederösterreich genugsam bewiesen hat,